

Sozial-Zeitung

Dreihundfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreise

Die Zeitschrift erscheint zweimal wöchentlich...
Halle, Freitag, den 31. Oktober. 1910.

Nr. 512.

Halle, Freitag, den 31. Oktober.

1910.

Bethmann Hollwegs Vernehmung.

Wiederaufnahme der Sitzungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses mit der Vernehmung Bethmann Hollwegs.

Tagung des Berliner Untersuchungsausschusses.

Berlin, 31. Oktober. (Eig. Drahtnachricht.) Die Verhandlungen des parlamentarischen Untersuchungsausschusses über die Friedensmöglichkeiten werden heute fortgesetzt. Heute ist der frühere Reichkanzler v. Bethmann Hollweg an der Reihe. Die Vernehmung geht im Sitzungssaal des Hauptauschusses im Reichstagsgebäude vor sich. Die Verhandlungen des Ausschusses sind in diesem Saal verlegt worden, weil der frühere Raum im Reichstagsgebäude in den Verhandlungen gestört werden, bis es zu sein erwiehen hat. Kurz vor 10 Uhr fällt die Rede. Man sieht außer Herrn v. Bethmann-Hollweg den früheren Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich, den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Zimmerman, auch den früheren Staatssekretär des Reichsinnereamtes, Admiral v. Canaris, in hellen Umkleisitzeln die Vernehmung des verhafteten U-Boot-Krieges führt. Herr v. Bethmann-Hollweg ist in Begleitung des stellvertretenden Chefs der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, erschienen. Am Tische der Sachverständigen taucht als neue Person der frühere Seandirektor in Bern, Herr v. Romberg, auf.

Die Fragen an den Reichskanzler.

Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg gibt auf folgende Fragen Antwort:

1. Aus welchen Gründen ist das Friedensangebot am 12. Dezember 1916 durch die Centralmacht erfolgt, trotzdem eine Friedenssanktion Wilsons doch angeregt und bis spätestens Ende Dezember in sichere Aussicht gestellt war?
 2. Aus welchen Gründen hat Wilson die fortgesetzten Friedensbedingungen nicht mitgeteilt worden und zwar
 - a) nicht öffentlich auf seine Note vom 21. Dezember 1916 und
 - b) auch nicht vertraulich, trotz des Erlausens des Obersten Hofes und des Staatssekretärs Danjning.
 3. Aus welchen Gründen hat die politische Reichsleitung die von ihr angeregte Friedenssanktion Wilsons nicht weiter betrieben und hat ihre Zustimmung zur Forderung des reichslosen U-Boot-Krieges gegeben, von dem sie wußte, daß er zum Kriege mit Amerika führen würde.
- Kurz vor 10 Uhr eröffnete der Vorsitzende Abg. Wasmuth die Sitzung mit der Ankündigung, daß als einziger Punkt die Einvernahme des früheren Reichskanzlers v. Bethmann-Hollweg zur Verhandlung liege.

Herr v. Bethmann-Hollweg leistet dann den Eid

in der verfassungsmäßigen Form in der gleichen Weise wie auch Graf Bernstorff ihn vor der ersten Sitzung geleistet hat. Sodann nimmt der Reichskanzler zu einer Zusammenfassenden Darstellung der Ereignisse das Wort, soweit sie sich auf Wilsons Friedenssanktion beziehen:

Zunächst möchte ich die Tatsachen kurz zusammenfassen, die in den bisherigen Sitzungen dieses Ausschusses festgestellt worden sind und nicht bezweifeln und auch von mir als richtig anerkannt werden. Nachdem wir schon in der ersten Periode unsere Bereitwilligkeit zu einer allgemeinen Besprechung von Friedensmöglichkeiten der amerikanischen Regierung erklärt und dokumentiert hatten, daß wir zu einem Verhandlungsergebnis bereit wären, wurde mit Beginn der zweiten Periode von uns eine Aktion mit dem Ziel eingeleitet, daß Wilson einen Friedensappell an die kriegsführenden Mächte richten möchte. Unser Wunsch ging dahin, daß Präsident Wilson

die Alliierten an den Verhandlungstisch bringen

solte. Gelang dies, dann sollten die unmittelbaren Fragen zwischen den Kriegführenden selbst und den Kriegführenden allein ohne die Teilnahme Wilsons geregelt werden. Erst in einer anschließenden Konferenz sollten unter der Teilnahme des Präsidenten der Vereinigten Staaten die allgemeinen internationalen Fragen erörtert werden. Mit dieser Absicht war Präsident Wilson nicht nur einverstanden, sondern er hat eine andere Tätigkeit für sich überhaupt nicht beanprucht. Dieser Punkt muß hier hervorgehoben werden. Wie der Kolle des Präsidenten Wilson mit dem Wort „Friedensvermittlung“ bezeichnet wurde, würde die Annäherung hervorzuheben, als ob es auch unsere Absicht sei, Wilson habe nur eine materielle Lösung der Friedensbedingungen erreichen wollen. Das was nicht beabsichtigt, denn soweit in unseren Willen davon die Rede ist, daß eine Friedensvermittlung Wilsons unsererseits nicht gewünscht wird, so besteht sie ausdrücklich auf der Vermittlung im gewöhnlichen Sinne des Wortes. Dies muß zur Vermeidung von Mißverständnissen hervorgehoben werden, und ich möchte nun Unterschied von den Friedensvermittlungen in der gewöhnlichen Bedeutung diese Tätigkeit Wilsons als Friedenssanktion bezeichnen. Dr. Dingeldeier hat als eine hierbei vornehmlich zu erwähnende Frage, als die Haupt- und Kernfrage bezeichnet,

ob und warum es gerechtfertigt war, daß wir ein Friedensangebot machten, obwohl wir von einem Friedensappell Wilsons muhten

und obwohl wir Graf Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, daß Wilson bis Ende Dezember einen solchen Appell erteilen werde. Bei dieser Frage verlaßen wir das Gebiet der tatsächlichen Feststellungen und geben über zur politischen Würdigung feststehender Tatsachen. Hinter dieser Hauptfrage steht unverkennbar die Vorstellung, daß wir durch unser Friedensangebot den Appell des Präsidenten Wilson gestützt und geschützt hätten. Demgegenüber betone ich, daß der Friedensappell des Präsidenten Wilson, dessen bestehende Inhalt Graf Bernstorff in Aussicht gestellt hatte, enthalten ist in der Friedensnote Wilsons vom 18. Dezember 1916 ist diese Note vom Präsidenten Wilson, wie Graf Bernstorff ausdrücklich betont hat, Mitte November.

Der Wortlaut dieser Note ist nach dem gleichen Zeugnis bis auf den Zusatz, daß die Note mit unserem Friedensangebot nicht in Zusammenhang gebracht werden dürfe, von Mitte November bis zum 16. Dezember unverändert geblieben. Mitte November hatten wir noch kein Friedensangebot gemacht und Präsident Wilson wußte nicht, daß wir überhaupt die Absicht hatten, ein eigenes Friedensangebot zu machen. Der klar und unverdächtige Schluss ist, daß unser Friedensangebot weder dem Präsidenten Wilson von einer Friedenssanktion abhalten, noch deren Inhalt beeinflussen konnte. In Wilson verbleibt gewesen, daß wir seinen Friedenssanktion nicht abgemerkt haben, so steht doch fest, daß er seiner Zustimmung auf sein Handeln keinen Einfluß eingeräumt hat. Hiernach kann, wenn von einer

tatsächlichen Wirkung unseres Friedensangebotes gesprochen

wird, nur gesagt werden, ob es unser Friedensangebot gemacht wurde, das die Entente vernachlässigt hat, die Friedensnote vom 18. Dezember in einer Weise zu beantworten die einer Ablehnung gleich gekommen ist, oder ob ich in Kenntnis dieser Tatsachen hätte warten müssen, bis Präsident Wilson selbst den in Aussicht gestellten Friedenssanktion unternehmen habe.

Hierbei geraten wir aber in einen Komplex von Problemen, von denen die amerikanischen Beziehungen doch nur einen verhältnismäßig kleinen Bestandteil bilden: Die damalige militärische Lage, der sich fast über die ganze Welt erstreckende Frontenkrieg, die inneren Zustände bei uns selbst und bei unseren Bundesgenossen, die Aspirationen der verschiedenen politischen Parteien, die Mentalitäten der Staatsmänner und der verschiedenen Regierungen, ihre subjektive und vielfach voneinander abweichende Beurteilung der Gesamtlage — ich kann die verschiedenen Momente gar nicht alle anzuführen, die berücksichtigt werden müssen, wenn man zu einem zureichenden Urteil gelangen will. Die andere entscheidende Sache ist die: Was ist bei unseren Feinden vorgegangen? Gerade diese Sache ist uns bisher in den wichtigsten Fragen verborgen geblieben und wird es vermutlich auch weiter bleiben. Ich habe nicht den Eindruck, daß die Ententeeregierungen demnach die Absicht haben, ihre Archive zu öffnen.

Nur aber unter der Voraussetzung der Kenntnis dieser Motive können wir uns ein Bild über die Opportunität unseres Friedensangebotes hier distanzieren. Ich komme nun zu den Motiven, welche uns veranlassen, ein eigenes Friedensangebot dem Vortage an das Angebot des Präsidenten Wilson vorzuziehen. Ich bin dabei geneigt, die ganze Komplikation, die der Weltkrieg geschaffen hat, hier, soweit ich vermag, kurz darzustellen. Die Gründe, die für ein Barten auf das Friedensangebot des Präsidenten Wilson sprechen, sind in der bisherigen Unternehmung herausgearbeitet worden. Sie haben etwas für sich, namentlich heute, nachdem die Probe auf das Exempel gemacht worden ist. Sie bedürfen einer Ergänzung nach einer entscheidenden Seite, nach der Seite der Motive, welche für unser Urteil in der Centralnote maßgebend waren. Sichtlich darf ich die Gründe, die

gegen das Barten auf Präsident Wilson sprechen, zunächst von der persönlichen Seite unterzuchen, dann von den Erfahrungen sprechen, die wir mit der amerikanischen Regierung und mit ihrer Stellung zur Entente gemacht haben und endlich einen Blick werfen auf unsere politischen Verbindungsbedingungen mit den Vereinigten Staaten. Ich bin weit davon entfernt, zu behaupten, daß Präsident Wilson es mit seiner in Aussicht gestellten Aktion nicht ernst gemeint habe. Aber es lag doch für unser Urteil in der Centralnote eine lange Latenzzeit vor, die es zweifelhaft machen mußte, ob und wann der Präsident glauben würde, keine Entschlossenheit überhaupt zu erweisen zu können. (Fortsetzung des Bes. Seite 1)

Die gefälschte Volksstimmung.

Am heutigen Freitag hat der parlamentarische Untersuchungsausschuss seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Nach der Vernehmung des Grafen Bernstorff soll nunmehr der ehemalige Reichskanzler, Herr von Bethmann Hollweg, unter seinem Eide Zeugnis ablegen von wichtigen Dingen, über die bisher ein dicker Schleier lag. Dabei wird hoffentlich auch die Frage erörtert werden, wie es zu der großen Fälschung der Volksstimmung kam, die so viel Unheil angerichtet hat. Nach der Aussage des Grafen Bernstorff hat Bethmann Hollweg feinerzeit diesem gegenüber geäußert, daß eine Friedensvermittlung Wilsons unpopulär sei und daß er keinen „sauren Frieden“ schließen dürfte ohne zuvor die Waffe des U-Bootkrieges in die Waagschale geworfen zu haben. Herr von Bethmann Hollweg hat sich danach auf eine Volksstimmung berufen, die künstlich gemacht und hervorgerufen worden war. Von wem gemacht? Sicher nicht von der Demokratie, sicher nicht von den Parteien, die den heutigen Regierungsbund bilden. Diese Fälschung der Volksstimmung war hervorgerufen durch die „starke Hand“ der Zensur oder deutlicher durch das unverantwortliche Treiben altpolitischer und übermilitaristischer Kreise. Um von der Größe dieser Fälschung ein Bild zu bekommen, verlohnt es sich rückblickend einen Gang zu machen durch die Zensurverfügungen, die nach vielen Tausenden gälten. Verboden wurde alles Mögliche und Unmögliche, was erweislich der Wahrheit entsprach. Immer wieder lief das Streben der Zensur darauf hinaus, einen künstlichen Schleier um die Wahrheit zu ziehen. Und damit nicht genug! Nur zu oft wurden der Presse die Kommentare vorgegeschrieben, die sie an bestimmte Nachrichten zu knüpfen hatte. Wehe dem Redakteur, der hier seine eigene Wege ging. Nur zu bald nahm er sich im Schlingengraben wieder. Es gibt genug Fälle aus eigener Kenntnis, in denen die unbedenklichen Redakteure trotz noch laufender Reklamation telegraphisch mit kürzester Frist eingezogen wurden!

Mit besonderer Mächtigkeit arbeitete die militärische Zensurdespotie bei allen Nachrichten, die den U-Bootkrieg betrafen. Hier durfte das deutsche Volk um seinen Preis die Schattenseiten der Anwendung dieser Waffe kennen lernen, seine Siegeshoffnungen mühten gerade in bezug auf diese Waffe immer höher geschraubt werden. Und wie man die Fälschung der Volksstimmung durch die zahllosen Zensurverfügungen, so führte man diesen Kampf durch die ständigen Pressekonferenzen in Berlin, sowie durch die von Zeit zu Zeit stattfindenden Konferenzen in einzelnen Großstädten, z. B. Köln, Karlsruhe, Leipzig, Breslau usw. Da bewachte es sich nicht um die Aufrechterhaltung des Siegeswillens des deutschen Volkes, sondern um viel mehr. Betrachten wir hier heute nur einmal einen Teil jener Auslassungen in den Berliner Pressekonferenzen, die sich mit dem U-Bootkrieg befaßen. Sie zeigen uns das ganze diplomatische und übermilitaristische Geleise, durch das wir hindurch mühten, um beim Zusammenbruch und bei der Revolution zu landen.

Würde das deutsche Volk erfahren haben, wie man in Amerika über die Verletzung großer Dampfer denkt, dann wäre sicher keine Stimmung entstanden, die in dem U-Bootkrieg das Allheilmittel sah. Erörterungen über die wegen des Lusitania-Falles zu erteilende Antwort sind unerwünscht, heißt es einmal. „Beunruhigende Nachrichten über den Anhalt der amerikanischen Lusitania-Note und die erregte Stimmung in Amerika sollten keinen Anlaß zu Kritiken geben“, wurde ein andermal gesagt. Das deutsche Volk sollte die wahre Stimmung möglichst wenig kennen lernen und darum der Anbel für die Presse!

Am 7. Oktober 1915: „Die Arabie-Verhandlungen mit Amerika scheinen einen guten Fortgang zu nehmen. Zur Beunruhigung ist kein Grund ersichtlich.“ Während wir hier so getörselt wurden, begehrte sich in Amerika die kriegslustige Stimmung!

Erzeugung trügerischer Hoffnungen: „Unsere U-Boote haben auch im Mittelmeer reiche Erfolge zu verzeichnen. Es fielen ihnen dort auch mehrere Truppentransporte mit Truppen zum Opfer. Ein Munitionskol für die beabsichtigten Truppentransporte unserer Feinde nach Saloniki.“

Die Nachrichten über die Erledigung des Arabie-Falles ließen sich nicht ein. Die Deutschen es nicht zum

